



Niederschrift

über die **öffentliche** Sitzung des Technischen und Umweltausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 20. Juni 2022**, im Großen Sitzungssaal des Landratsamts in Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

Beginn: 16 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Fortschreibung des Bau- und Investitionsprogramms Straßen und Radwege, Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen für den Haushalt 2023; Fahrzeug- und Gerätebeschaffung	2022/180
2.	K 6158 Brückensanierung, Brücke über die Bahn in Rielasingen-Worblingen; Auftragsvergabe	2022/181
3.	<u>Klimaschutz im Landkreis Konstanz</u>	
3.1.	European Energy Award (eea) im Landkreis Konstanz; Energiepolitisches Arbeitsprogramm	2022/177
3.2.	Vergabe Ladeinfrastruktur für die E-/Hybridfahrzeuge des Landkreises	2022/188
3.3.	Klimaschutz im Landkreis Konstanz; Mobilität: PENDLA - Antrag der CDU-Fraktion	2022/192
4.	ÖPNV der Zukunft 2; Antrag der FW-Fraktion	2022/190
5.	Entwicklung eines Modells für ein kreisweites Sozialticket; Antrag der Fraktion DIE LINKE	2022/162
6.	Vereinbarung nach § 15 ÖPNV-Gesetz	2022/169
7.	Verkehrsverbund Hegau - Bodensee VHB; Tarifierung zum 1. Januar 2023	2022/150
8.	Berufsschulzentrum Radolfzell; Vergabe Photovoltaikanlage	2022/187

- | | | |
|--------------|--|-----------------|
| 9. | Behördenzentrum Radolfzell, Brandschutzmaßnahmen;
Vergabe Metallbau- und Verglasungsarbeiten | 2022/186 |
| 10. | Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche | |
| 10.1. | Namenswettbewerb Netz 19 | |
| 10.2. | Machbarkeitsstudie Bahnstrecke Etwilen - Singen | |
| 10.3. | Freiflächen-Photovoltaikanlage auf Tunnel der B 33;
Anregung Kreisrat Dr. Geiger | |
| 10.4. | Neuausschreibung der Schienenstrecken Netz 10, Netz 19, Schwarz-
waldbahn und Spangenzug durch das Verkehrsministerium;
Anfrage Kreisrat Dr. Geiger | |
| 11. | <u>Aufgaben des Betriebsausschusses EVU "seehäse"</u> | |
| 11.1. | Verlängerung seehäse bis Hindelwangen | 2022/153 |
| 11.2. | Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche | |
| 12. | <u>Aufgaben des Betriebsausschusses "Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis
Konstanz"</u> | |
| 12.1. | Neufassung des Entsorgungsvertrages zwischen dem Landkreis
Konstanz und der ABK GmbH | 2022/115 |
| 12.2. | EU-weite Ausschreibung von Entsorgungsdienstleistungen;
Auftragsvergaben | 2022/139 |
| 12.3. | Eigenbetrieb "Abfallwirtschaft Landkreis Konstanz";
Jahresabschluss 2021 | 2022/151 |
| 12.4. | Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche | |

Vorsitzender

Danner, Zeno, Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder

Auer, Thomas, Dr. (als Vertretung für den entschuldigten **Klinger**, Michael, Dr., bis 18:05 Uhr)

Brachat-Winder, Birgit

Geiger, Georg, Dr.

Hins, Sabine Dorothee

Keck, Jürgen (als Vertretung für den entschuldigten **Amann**, Karl)

Kreitmeier, Christiane, Dr. (als Vertretung für die entschuldigte **Kaufhold**, Maria)

Luick, Prof., Dr. (als Vertretung für die entschuldigte **Frank**, Saskia)

Maier, Bernhard

Mors, Benjamin

Ossola, Manfred

Röckelein, Nina

Schmid, Andreas

Schneble, Martin

Seitzl, Lina, Dr., MdB

Staab, Martin (als Vertretung für den entschuldigten **Volk**, Bernhard)

Storz, Hans-Peter, MdL

Zähringer, Markus

Zindeler, Florian (als Vertretung für den entschuldigten **Jüppner**, Manfred)

Entschuldigt

Amann, Karl

Burchardt, Uli

Eisenhut, Bernhard, MdL

Frank, Saskia

Jüppner, Manfred

Kaufhold, Maria

Klinger, Michael, Dr.

Pschorr, Simon

Volk, Bernhard

Verwaltung

Gärtner, Philipp, ELB

Neugebauer, Boris

Nops, Harald

Bendl, Ralf

Bittermann, Jens

Glaßner, Paul (TOP 3)

Roth, Katrin, Dr. (TOP 3)

Schrodin, Daniel (TOP 1,2)

Schulz, Gebhard (TOP 12)

Seidl, Karin

Unger, Ute

Wendt, Martin

Protokoll

Hoffmann, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die anwesenden Gäste.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Fortschreibung des Bau- und Investitionsprogramms Straßen und Radwege, Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen für den Haushalt 2023; Fahrzeug- und Gerätebeschaffung

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Schrodin** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrätin **Dr. Kreitmeier** bedankt sich bei der Verwaltung für die gut organisierte und informative Kreisstraßenbereisung, die am Vormittag dieses Tages stattgefunden hat.

Die Verwaltung wird gebeten, bei zukünftigen Maßnahmen in der Sitzungsvorlage mehr Zusatzinformationen aufzuführen. Auch eine Karte wäre zur besseren Übersicht hilfreich.

Man sollte ganz grundsätzlich einmal kritisch auf das Kreisstraßennetz schauen und prüfen, welche Straßen weiterhin die Funktion einer Kreisstraße haben und welche nicht. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen käme diese Diskussion bereits zu spät.

Aufgrund dieser Erhebung sollte man dann feststellen, welche Kreisstraßen zu Gemeindestraßen umbenannt werden sollten.

Vorsitzender

Das wird jedoch nur bei einem bevorstehenden Ausbau relevant. Bei der Herabstufung einer Straße muss diese auch in einem guten Zustand übergeben werden.

Kreisrätin **Dr. Kreitmeier**

Bei der Übergabe müsste man aber nicht auf den Zustand einer Kreisstraße ausbauen.

Es wäre gut, dieses Thema gesamthaft zu betrachten, um nicht jedes Mal von Fall zu Fall entscheiden zu müssen.

Kreisrat **Schmid**

Bei den Straßenbauprogrammen wurde in den letzten Jahren festgelegt, dass gewisse Beträge in Reserve in die Straßen investiert werden. Für 2023 wurden knapp 6 Mio. EUR veranschlagt. Was steht rein netto bei den Ausgaben im einzelnen Jahr jeweils an?

Der Radschnellweg ist mit 30 Mio. EUR ohne Zuschuss aufgeführt. Trifft das zu?

Kreisrat **Dr. Geiger**

Es war gut, dass heute Morgen wieder eine Kreisstraßenbereisung stattgefunden hat. Der Zustand der Straßen ist schon besser, aber es gibt noch einiges zu tun.

Auf der B 33 in Höhe Allensbach werden die Umfahrungsmaßnahmen zum Teil Bestand einer neuen Kreisstraße. Kommen damit weitere Kosten auf den Landkreis zu?

Kreisrat **Staab**

Der Bericht über den Straßenzustand zeigt, dass der Zustand bereits verbessert wurde. Wann wird die Prüfung abgeschlossen sein, welche Straßen noch Kreisstraßen sind oder nicht?

Die 38 Mio. EUR für den nächsten Haushalt erscheinen für die Finanzplanung sehr hoch. Ist das alles zu bewältigen?

Die Radschnellverbindung-Stelle erscheint verfrüht. Kann das nicht in das reguläre Programm

mit aufgenommen werden?

Kreisrat **Zindeler**

In Bezug auf Radwege wird angeregt, mehr Perspektiven auch für die Region Hohenfels ab 2026 zu erstellen, damit sich der Ländliche Raum nicht abgehängt fühlt.

Kreisrätin **Röckelein**

Woher kommt die Verlegung des Radnetzes?

Könnte man im Beschluss festhalten, dass die Funktion der Kreisstraßen geprüft wird?

Vorsitzender

Die Überprüfung der Straßen ist laufendes Geschäft der Verwaltung. Die Anregung ist dennoch richtig.

Der Radschnellweg wurde in der vergangenen Sitzung des Technischen und Umweltausschusses diskutiert. Man kommt jedoch nicht auf die erforderliche Menge an Radfahrer.

Die Personalstelle wird für die Planung der Straße benötigt.

Herr **Schrodin**

Die aufgeführten Kosten in der Planung sind belastbar.

Die Zuschüsse bzw. die Förderprogramme laufen gerade aus, sind derzeit jedoch unklar.

Vorsitzender

Die Vorbedingung ist jedoch, dass es eine Förderung in Zukunft geben wird. Das sollte mit eingeplant werden.

Herr **Schrodin**

Der Radschnellweg ist eine komplexe und zusätzliche Aufgabe.

Der Standard ist auch weiterhin einzuhalten, mittlerweile zu 100 %.

Die Maßnahmenkarte 2023 wird nachgereicht.

Der Nettoressourcenbedarf ist Seite 2 der Vorlage zu entnehmen.

In Allensbach wird viel gebaut. Es wird evtl. aber auch Verschiebungen geben.

Maßnahme Nr. 11 ist keine Verlegung, sondern der Radzielnetzstandard.

Vorsitzender

In Bezug auf Hohenfels gibt es bereits erste Gespräche.

Herr **Schrodin**

Ab 2026 wäre wieder Luft für Radwege in Hohenfels.

Kreisrat **Keck** bemängelt den Ausbau des Radschnellweges. Es gibt bereits einen Sanierungsstau bei vielen Radwegen im Ländlichen Raum des Landkreises.

Kreisrätin **Dr. Kreitmeier**

Es wurde erwähnt, dass die Klassifizierung der Kreisstraßen immer wieder geprüft wird. Diese Aussage ist jedoch schwammig. Daher wird konkret beantragt, in der nächsten Sitzung des Technischen und Umweltausschusses vorzustellen, wie das System grundsätzlich ist.

Zukünftig sollte das bei allen Projekten mit vorgelegt werden.

Vorsitzender

Das wird zugesagt und kann gerne dargestellt werden.

Es wird jedoch gewarnt, sich zu viel davon zu erwarten. Wichtig ist aber, dass der Ausschuss das grundsätzliche Verfahren kennenlernt und versteht.

Kreisrat Staab

Das Ergebnis, welche Straßen man abgeben könnte, sollte dem Ausschuss mitgeteilt werden.

Herr Neugebauer

Die Kreisverwaltung prüft jetzt schon und sagt auch zu, bei allen wesentlichen Maßnahmen zu prüfen, ob es sich tatsächlich noch um eine Kreisstraße handelt oder nicht. Gemäß dem Straßengesetz ist eine Straße umzustufen, sofern sich ihre Funktion geändert hat. Dabei gibt es dann kein Ermessen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass das ein riesiges Verfahren ist.

Das Anliegen ist jedoch angekommen und wird so umgesetzt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (einstimmig):

1. **Das Bau- und Investitionsprogramm Straßen 2023 - 2026 wird gemäß Vorschlagsliste beschlossen.**
2. **Das Bau- und Investitionsprogramm Radwege 2023 - 2026 wird gemäß Vorschlagsliste beschlossen.**
3. **Den geplanten Deckenerneuerungen 2023 – 2026 wird gemäß Vorschlagsliste zugestimmt.**
4. **Der vorgesehenen Fahrzeug- und Gerätebeschaffung 2023 - 2026 wird gemäß Vorschlagsliste zugestimmt.**
5. **Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Anlage 1 bis 4 aufgeführten Bau- und Investitionsmaßnahmen (Straßen, Radwege, Deckenerneuerungen, Fahrzeug- und Gerätebeschaffung) im Entwurf des Kreishaushalts 2023 zu veranschlagen.**
6. **Die unter Ziffer 5 veranschlagten Beträge stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigung im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2023.**

2. K 6158 Brückensanierung, Brücke über die Bahn in Rielasingen-Worblingen; Auftragsvergabe

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat Staab

Wie viel Geld steht im Haushalt zur Verfügung und wie sah die Kostenberechnung aus? Das sollte generell in den Sitzungsvorlagen aufgeführt werden.

Herr Schrodin

Die Kostenberechnung lag bei rund 880.000 EUR. Im Haushalt wurden eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 960.000 EUR veranschlagt. Zudem wurde mit einem Zuschuss in Höhe von 302.000 EUR gerechnet, der tatsächlich jedoch in Höhe von 699.000 EUR bewilligt wurde.

Vorsitzender

Das wird zugesagt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Auftrag für die Sanierung der Brücke über die Bahn an der K 6158 in Rielasingen-Worblingen wird zum Angebotspreis von 1.047.916,84 EUR an die Firma Steidle Bau GmbH aus Sigmaringen vergeben.

3. Klimaschutz im Landkreis Konstanz

3.1. European Energy Award (eea) im Landkreis Konstanz; Energiepolitisches Arbeitsprogramm

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Frau **Dr. Roth** und Herr **Glaßner** stellen den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Staab**

Der Abfallwirtschaftsbetrieb wird sehr oft aufgeführt. Das ist jedoch nicht das einzige und vielleicht auch nicht das wichtigste Handlungsfeld im energiepolitischen Sinne. Müsste man da nicht versuchen, andere Schwerpunkte zu setzen?

Kreisrätin **Dr. Seitzl**, MdB

In welche Richtung wird das neue interne Audit gehen?

In welchem Zeitraum wird das nächste Mal für den eea auditiert? Was bedeutet das hinsichtlich des Anspruchs an die Maßnahmen?

Kreisrat **Prof. Dr. Luick**

Man sollte sich bewusst sein, dass der Wert eher hingebogen wird. Die Erwartungen sollten realistisch bleiben. Manche Werte werden hier geschönt und poliert. Die nächsten Schritte werden wesentlich aufwendiger.

Vorsitzender

Das trifft zu, man darf sich noch nicht zu früh auf die Schultern klopfen. Man ist aber auch nicht so schlecht. Es wird in Zukunft schwieriger, das Niveau zu halten.

Der Eindruck, dass überwiegend der Abfallwirtschaftsbetrieb aufgeführt wird, wird nicht geteilt.

Herr **Glaßner**

Im Handlungsfeld 3 ist bereits viel passiert und hier konnten bereits gute Ergebnisse erzielt werden.

Das externe Audit findet alle vier Jahre statt. Die Standards werden jedes Jahr höher gesetzt. Interne Audits wird es immer wieder geben.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (einstimmig):

Dem vorgelegten Entwurf des energiepolitischen Arbeitsprogramms (EPAP) für den European Energy Award (eea) wird zugestimmt.

3.2. Vergabe Ladeinfrastruktur für die E-/Hybridfahrzeuge des Landkreises

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat **Schmid**

Die Verwaltung wird gebeten, mit den Stadtwerken nochmals ins Gespräch über weitere Einsparmöglichkeiten zu kommen.

Vorsitzender

Man kann das Gespräch nochmals suchen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Auftrag für die Lieferung und Montage der Ladeinfrastruktur (39 E-Ladesäulen an zehn Liegenschaften) für die E-/Hybridfahrzeuge des Landkreises wird an die Stadtwerke Radolfzell als wirtschaftlichste Bieterin mit einer Auftragssumme von 296.929,26 EUR vergeben.

**3.3. Klimaschutz im Landkreis Konstanz;
Mobilität: PENDLA - Antrag der CDU-Fraktion**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Herr **Glaßner**

Mit der Stadtverwaltung Stockach gab es bereits erste Gespräche. Das Fachamt wird eine Einführung prüfen. Vor allem ist es jedoch wichtig, das in einem Gesamtkonzept einzubetten.

Kreisrat **Zindeler**

Es wird davor gewarnt, viele Apps zu prüfen oder ggf. sogar eine eigene Lösung zu finden. Landkreisübergreifend wäre diese App eine gute Möglichkeit. Die Verständigung mit den anderen Landkreisen ist wichtig, um eine große Lösung zu finden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (einstimmig):

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung der Mitfahrzentrale PENDLA für den Landkreis Konstanz zu prüfen.

**4. ÖPNV der Zukunft 2;
Antrag der FW-Fraktion**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat **Staab** erläutert den Fraktionsantrag. Es ist notwendig, jetzt mit der konkreten Arbeit zu beginnen. Man kann aus Klimaschutzgründen nicht mehr länger warten.

Ziffer 2 des Beschlussvorschlages der Verwaltung kann nicht akzeptiert werden.

Wenn die 10 Punkte der FW-Fraktion unter Ziffer 1 des alternativen Beschlussvorschlages gesetzt werden, kann die Fraktion mit dem Vorschlag der Verwaltung mitgehen.

Vorsitzender

In der Sitzungsvorlage wurde das Resultat des ersten Antrages der FW-Fraktion vom 8. März 2021 aufgeführt.

Der Nahverkehrsplan ist ein wichtiger Bestandteil des Mobilitätskonzepts und gehört als Grundlage mit dazu. In diesem Verständnis könnte Ziffer 2 des Beschlussvorschlages der Verwaltung auch weggelassen werden, weil man die angesprochenen Themen dann im Rahmen der Ziffer 1 auf Grundlage des Nahverkehrsplanes bearbeiten könnte.

Ziffer 2 könnte gestrichen werden, um damit das Signal zu senden, dass der Landkreis an diesen Themen bereits dran ist. Man könnte aber auch noch schneller werden.

Kreisrat Staab

Der Nahverkehrsplan war bereits in der letzten Sitzung auf der TO. Dieser ist auf den reinen Basis-ÖPNV reduziert. Das ist zu wenig. Hier ist die Vernetzung der Verkehre zu betrachten. Daher ist der Nahverkehrsplan nur ein Element. Die strategischen Überlegungen kann man bereits jetzt anstellen. Das ist eine Mammutaufgabe, die von einer zusätzlichen Personalstelle gestemmt werden müsste.

Wenn der **Vorsitzende** zusagt, dies so umzusetzen, kann Ziffer 2 gestrichen werden.

Kreisrat Storz, MdL

Mit dem Nahverkehrsplan hat man das Planungsinstrument des Landkreises. Als Landkreis wird man ohne finanzielle Zusagen von Land und Bund überfordert sein.

Land und Bund müssen deutlich machen, dass sie mehr zahlen. Das Land muss seiner Aufgabe gerecht werden. Der Druck muss hochgehalten werden und der Landkreis muss weiterplanen.

Kreisrätin Dr. Kreitmeier

Es ist an der Zeit, mit eigenen Ideen nicht länger zu warten.

Kreisrat Dr. Geiger

Man muss aufpassen, sich hier nicht in Einzelmaßnahmen zu verzetteln. Der Bund stellt Bedingungen. Der Flickenteppich der Verkehrsverbünde muss aufgelöst werden. Die Verbünde müssen laut Bund reduziert werden.

Die Frage ist, wie die Zukunft des VHB aussehen wird. Hierzu wird ein Bericht erwartet.

Aus den drei Monaten des 9-EUR-Tickets wird man Lehren ziehen müssen. Wenn von oben Tarife kommen, wird man sich keine Gedanken über ein Sozialticket machen müssen.

Man muss hier schnell handeln.

Auf den Schienenverkehr muss alles getaktet und angepasst werden.

Kreisrat Schmid

Man ist sich einig, nicht länger zu warten. Der Landkreis sollte aber auch nicht mit unzähligen Anträgen beauftragt werden, das Rad neu zu erfinden.

Ziffer 2 des Antragstellers ist gut. An diese Informationen sollte man rankommen und beispielsweise auch mal nach Österreich schauen.

Vorsitzender

Das Mobilitätsmanagement wird benötigt, um hier weiterzuarbeiten.

Wir sollten nicht so tun, als ob bisher nichts gelaufen wäre.

Beim 365 EUR-Ticket gab es kürzlich eine Petition. An einigen Themen ist man schon dran, aber man muss umfassender an das Thema rangehen.

Herr **Neugebauer**

Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass nichts gemacht wird, solange es kein Mobilitätsmanagement gibt.

Die Tickets können beim VHB bestellt werden.

Für das Mobilitätskonzept wird das Mobilitätsmanagement gebraucht.

Vorsitzender

Ziffer 2 des Verwaltungsvorschlages wird gestrichen.

Die Schritte sind als integrale Bestandteile mit enthalten.

Kreisrat **Staab**

Es war nicht geplant, den Eindruck zu vermitteln, dass die Verwaltung bisher nichts tut. Man sollte jedoch jetzt etwas tun und nicht länger warten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (einstimmig):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Mobilitätsmanagement aufzubauen und am „ÖPNV der Zukunft“ weiter zu arbeiten.

5. Entwicklung eines Modells für ein kreisweites Sozialticket; Antrag der Fraktion DIE LINKE

Vorsitzender

Die Antragsteller sind nicht anwesend. Es wird daher vorgeschlagen, den Antrag zunächst im Sozialausschuss zu beraten und heute zu vertagen.

Aus Gremium erhebt sich dagegen kein Widerspruch.

Beschluss:

Entfällt.

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

6. Vereinbarung nach § 15 ÖPNV-Gesetz

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar. Herr **Bendl** ergänzt, dass die betroffenen Städte mit der Vereinbarung einverstanden sind.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Vereinbarung mit den Städten Konstanz, Singen, Radolfzell und Engen über eine angemessene Mittelausstattung nach § 15 ÖPNV-Gesetz wird zugestimmt.

**7. Verkehrsverbund Hegau - Bodensee VHB;
Tarifanpassung zum 1. Januar 2023**

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrätin **Röckelein**

Preissteigerungen sind aus Betriebsicht nachvollziehbar. Aus Sicht des Bürgers ist es in der aktuellen Zeit schwierig. Könnte man wenigstens die Zuschüsse, die man für das Schülermonatsticket sparen wird, in einen Inflationsausgleich für den ÖPNV einfließen lassen.

Vorsitzender

Beim Jugendticket zahlt der Landkreis bereits mit.

Kreisrat **Storz**, MdL

Wie wird das Jugendticket finanziert.

Bürgerinnen und Bürger trifft es hart. Die Abo-Kunden, die die Säulen sind, trifft es hart. Könnte man diese nicht etwas mehr entlasten und belohnen?

Kreisrat **Schmid**

Die Verkehrsträger hätten bereits mehr erhöhen müssen. Der Boomerang könnte zurückkommen.

Kreisrat **Staab**

Eigentlich müsste man Ziffer 1 ablehnen, was nicht möglich ist. Das zeigt, wie dringlich es ist, über ein Gesamtsystem nachzudenken.

Kreisrat **Dr. Geiger**

Das 9-EUR-Ticket ist ein Verbrauchergeschenk für den Sommer. Die Verkehrsunternehmen haben nichts davon und sind chronisch unterfinanziert. Nach Auslaufen des Tickets folgen dann die Tarifierhöhungen, was umso härter wird. Die Kostenentwicklung wird auf allen Ebenen explodieren. Der VHB braucht dieses Geld jedoch unbedingt, um den Nahverkehr im Landkreis weiterhin betreiben zu können.

Kreisrat **Prof. Dr. Luick**

Aus Sicht eines Unternehmens ist es klar, dass die Kosten refinanziert werden müssen. Trotzdem ist es falsch, mit der bisherigen Logik zu denken. Der Landkreis will, dass mehr Personen auf den ÖPNV umsteigen, was einer wichtigen Säule für den Klimaschutz entspricht.

Die Verwaltung wird gebeten auszurechnen, wie viel mehr Produkt man verkaufen müsste, um mehr zu erwirtschaften? So würde ein Unternehmen auch rechnen. Ggf. sollte man ein Werbekonzept entwickeln, um mehr Abo-Kunden, die offensichtlich eine feste Säule im VHB sind, zu gewinnen. Man könnte finanzielle Anreize für potenzielle Abo-Kunden schaffen.

Vorsitzender

Es wird schwierig, bei der aktuellen Situation überall an allen Stellen alle zu entlasten. Die Verkehrsunternehmen übernehmen bereits einen Teil der Mehrkosten, zumal sich die Inflation von 8 % wesentlich aus den Kostensteigerungen am Energiemarkt ergibt. Das ist auch der Markt, aus dem sich die Verkehrsunternehmen speisen. Aus der Perspektive ist die Erhö-

hung noch moderat.

Es ist nicht damit getan, ganz billige Angebote zu machen. Man benötigt auch die Möglichkeiten, die Personen entsprechend zu transportieren. Ansonsten gewinnt man am Ende nichts.

Man kommt an der Stelle nicht an einer Erhöhung, die aktuell moderat und tragbar ist, herum.

Herr **Bendl**

Um mehr Kunden zu bekommen, werden bereits Anreize in verschiedensten Formen geschaffen. Zuerst muss jedoch der Stand des Kundenstamms von 2019 wieder aufgeholt werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (Mehrheitliche Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 2 Enthaltungen):

1. Die beabsichtige Tarifierhöhung des Verkehrsverbundes Hegau-Bodensee (VHB), die dieser im Rahmen seiner Tarifhoheit bei den Genehmigungsbehörden (Regierungspräsidium Freiburg und Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg) beantragen wird, wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Landkreis leistet seinen Zuschuss an den Tarifverbund in Höhe des vereinbarten Betrages (1.220.000 EUR/Jahr). Über diesen Betrag hinaus erstattet der Landkreis dem Verbund die Mindererlöse für die Schülermonatskarte „Light“ gemäß dem Beschluss des Kreistags vom 6. Juni 2011. Der Anteil Verbundzuschuss des Landes nach dem ÖPNVG wird an den Verbund unverändert weitergeleitet.
3. Der Preis für die ermäßigte Schülermonatskarte (SMK light) wird für die Preisstufe 1 auf 36,60 EUR; der Preisstufe II auf 48,40 EUR und die Preisstufe III auf 59,50 EUR festgesetzt. Das entspricht einer Erhöhung um die durchschnittliche Preisanpassung im VHB.
4. Eine weitere Bezuschussung zur Abdeckung von Mindererlösen erfolgt nicht.

**8. Berufsschulzentrum Radolfzell;
Vergabe Photovoltaikanlage**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Wortmeldungen erfolgen hierzu nicht.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Auftrag für die Lieferung und Montage einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Berufsschulzentrums Radolfzell wird an die Stadtwerke Radolfzell als wirtschaftlichste Bieterin mit einer Auftragssumme von 298.793,98 EUR vergeben.

**9. Behördenzentrum Radolfzell, Brandschutzmaßnahmen;
Vergabe Metallbau- und Verglasungsarbeiten**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Wortmeldungen erfolgen hierzu nicht. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Auftrag für das Gewerk Metallbau- und Verglasungsarbeiten am Behördenzentrum Radolfzell, Otto-Blesch-Straße 49 wird an die Firma HEWE Glas- und Metallbau GmbH aus Lahr mit dem wirtschaftlichsten Angebot in Höhe von 138.075,70 EUR vergeben.

10. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

10.1. Namenswettbewerb Netz 19

Vorsitzender

Auf Anregung der Fraktionen Freie Wähler, FDP und CDU hat der Technische und Umweltausschuss am 12. April 2021 den Beschluss gefasst, dass neben dem seehas und dem seehäsle auch der Zug auf der Schienenstrecke Singen - Schaffhausen einen Namen erhalten soll. Die Verwaltung wurde beauftragt, einen Namenswettbewerb durchzuführen.

Vom 20. Juni bis 17. Juli 2022 werden Plakate auf den Namenswettbewerb aufmerksam machen. Diese Plakate sollen im seehas und vor allem in den Zügen der DB Regio, die derzeit noch die Strecke Singen - Schaffhausen bedient, aufgehängt werden.

Mit der Erstellung der Plakate wurde die Konstanzer Firma Translake GmbH beauftragt. Mit der SBB ist das Aufhängen der Plakate geklärt, die Rückmeldung der DB Regio steht noch aus.

Weiter ist eine Pressemitteilung des Landratsamtes geplant.

Von Kreisrat **Dr. Klinger** wurde angeregt, auch in den Gemeinden Gottmadingen, Gailingen und Büsingen entsprechende Werbung zu machen. Die Verwaltung wird sich um die Einbindung dieser Kommunen kümmern.

Aus Gründen des Klimaschutzes ist die Teilnahme am Wettbewerb ausschließlich digital möglich.

Das Verkehrsministerium, die Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg und der Kanton Schaffhausen sind über den Namenswettbewerb informiert und stehen diesem positiv gegenüber.

Eine Jury wird aus den eingereichten Ideen und Vorschlägen den Namen für das Netz 19 auswählen.

Die Mitglieder der Jury werden im Kreistag am 18. Juli 2022 benannt.

10.2. Machbarkeitsstudie Bahnstrecke Etwilen - Singen

Vorsitzender

In der letzten Sitzung des Technischen und Umweltausschusses wurde gefragt, ob und in welcher Höhe das Land die Machbarkeitsstudie mitfinanzieren wird. Nach Auskunft des Verkehrsministeriums wird die Stadt Singen eine Förderung erhalten. Höhe und Umfang sind noch unklar und hängen davon ab, ob sich auch die Schweiz an der Studie beteiligen wird.

Deshalb wurde die Förderung der Gesamtstrecke bis Etwilen zunächst abgelehnt.

Das Verkehrsministerium hat Kontakt mit der Stadt Singen aufgenommen, die sich auf kommunaler Seite bemühen wollte, die Schweizer Kommunen doch noch „auf den Zug“ zu holen und dort eine anteilige Mitfinanzierung zu erreichen. Eine Rückmeldung hierzu steht noch aus.

**10.3. Freiflächen-Photovoltaikanlage auf Tunnel der B 33;
Anregung Kreisrat Dr. Geiger**

Kreisrat **Dr. Geiger** regt an, auf der großen Grünfläche über dem Tunnel der B 33 nahe der Reichenau-Waldsiedlung Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu installieren. Könnte der Landkreis hier initiativ werden?

Herr **Neugebauer** sichert zu, die Anregung mitzunehmen.

**10.4. Neuausschreibung der Schienenstrecken Netz 10, Netz 19, Schwarzwaldbahn und Spangenzug durch das Verkehrsministerium;
Anfrage Kreisrat Dr. Geiger**

Kreisrat **Dr. Geiger**

Die FDP-Fraktion hat am 8. Juni 2022 einen Antrag zur Neuausschreibung der Schienenstrecken Netz 10, Netz 19, Schwarzwaldbahn und Spangenzug gestellt. Wie wird die Verwaltung mit diesem Antrag umgehen? Man muss hier schnell handeln.

Herr **Neugebauer**

Das Verkehrsministerium ist grundsätzlich offen für Vorschläge. Die Ziele des Landkreises müssen erarbeitet und dem Verkehrsministerium mitgeteilt werden. Ein Rechtsanspruch besteht jedoch nicht.

Vorsitzender

Der Antrag wird zeitnah im Gremium eingebracht.

11. Aufgaben des Betriebsausschusses EVU "seehäsele"

11.1. Verlängerung seehäsele bis Hindelwangen

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Bendl** berichtet.

Kreisrat **Zähringer**

Eine Schiebung des Themas ist nachvollziehbar. Man sollte die aufgeführten Punkte jedoch noch nicht als K.-o.-Kriterium sehen. Das Thema ist noch nicht vom Tisch.

Herr **Bendl**

Man möchte die Chance nutzen, in das Zuschussprogramm der Bodenseegürtelbahn aufgenommen zu werden. Daher prüft die DB, welche Maßnahmen für die Infrastruktur notwendig wären. Das Thema ist daher noch nicht vom Tisch.

Allerdings wäre es nicht lohnenswert, diese große Investition unabhängig davon nur für die Verlängerung nach Hindelwangen vorzunehmen.

11.2. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** erfolgt keine Wortmeldung.

12. Aufgaben des Betriebsausschusses "Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Konstanz"

12.1. Neufassung des Entsorgungsvertrages zwischen dem Landkreis Konstanz und der ABK GmbH

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Schulz** stellt den Sachverhalt dar.

Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (einstimmig):

1. Dem Abschluss des neugefassten Entsorgungsvertrags mit der ABK GmbH wird seitens des Landkreises Konstanz zugestimmt.
2. Der Vertreter des Landkreises Konstanz wird bevollmächtigt, in der Gesellschafterversammlung der ABK-Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH folgende Zustimmung abzugeben: „Dem Abschluss neuer Entsorgungsverträge mit den Landkreisen Bodenseekreis und Konstanz wird zugestimmt.“

12.2. EU-weite Ausschreibung von Entsorgungsdienstleistungen; Auftragsvergaben

Herr **Schulz** stellt den Sachverhalt dar.

Wortmeldungen erfolgen hierzu nicht. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Los 1: Der Auftrag für die Sammlung, Transport und Entsorgung von Problemstoffen aus privaten Haushalten im Landkreis Konstanz wird zum Gesamtangebotspreis von brutto 315.814,35 EUR/a (Gesamtentgelt für die Vertragslaufzeit von 3 Jahren brutto 947.443,04 EUR) an die Fa. REMONDIS Industrie Service GmbH & Co.KG, Lünen, vergeben.

Los 2: Der Auftrag für die Containergestellung, Übernahme und Transport von Abfällen und Verwertung von Wertstoffen (Wertstoffhof Singen-Rickelshausen) wird unter Berücksichtigung der Netto-Erlöse für die Verwertungen zum Gesamtangebotspreis von brutto 15.178,34 EUR/a (Gesamtentgelt für die Vertragslaufzeit von 3 Jahren brutto 45.535,02 EUR) an die Fa. REMONDIS Süd GmbH, Singen, vergeben.

12.3. Eigenbetrieb "Abfallwirtschaft Landkreis Konstanz"; Jahresabschluss 2021

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Wortmeldungen erfolgen hierzu nicht. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

1. Der Jahresabschluss 2021 wird gem. Anlage 2 festgestellt.
2. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

12.4. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** erfolgt keine Wortmeldung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 18:20 Uhr.

Der Vorsitzende:

Zeno Danner

Für den Ausschuss:

Andreas Schmid

Benjamin Mors

Für das Protokoll:

Vera Hoffmann